

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

VW-Krise und Maßnahmen zur Standortsicherung

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 06.09.2026

Der Volkswagen-Konzern befindet sich in einer der schwersten Krisen seiner Geschichte.¹ Medienberichten und Konzernäußerungen zufolge plant der Vorstand um CEO Oliver Blume neben dem bereits Ende 2024 mit den Arbeitnehmervertretungen vereinbarten Abbau von rund 50 000 Stellen in Deutschland bis 2030 (davon mehr als 35 000 bei der Kernmarke VW) nun weitere massive Einschnitte.² Im Raum stehen weltweit bis zu 100 000 Stellenstreichungen sowie die mittelfristige Einstellung der Produktion an mehreren Standorten - darunter die niedersächsischen Werke in Hannover und Emden.³

Für diese Standorte sowie Zwickau und das Audi-Werk Neckarsulm wird öffentlich diskutiert, dass die aktuelle Modellproduktion in den frühen 2030er-Jahren auslaufen könnte, obwohl bislang noch keine wettbewerbsfähige Anschlussbelegung gesichert sei. Gleichzeitig sollen die Investitionen für die Jahre 2027 bis 2031 deutlich gekürzt und die Produktionskapazitäten in Europa um mehr als 500 000 Fahrzeuge pro Jahr reduziert werden.

Zehntausende Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Zukunft ganzer Regionen in Niedersachsen stehen damit auf dem Spiel.⁴ Die Belegschaft, die IG Metall und die Betriebsräte warnen vor einem Kahlschlag und kritisieren dabei auch die Kommunikation des Vorstands.

Die Verunsicherung an den Standorten ist nach übereinstimmenden Berichten derzeit mit Händen zu greifen. Vor diesem Hintergrund hat Ministerpräsident Olaf Lies angekündigt, sich persönlich über die Lage in den VW-Werken zu informieren.⁵ Am 24. August 2026 besuchte er das Werk in Hannover und führte Gespräche mit dem Gesamtbetriebsrat, Vertrauensleuten der Belegschaft und der Werksleitung. Weitere Besuche in den Werken Osnabrück und Emden sowie ein digitaler Austausch mit dem Standort Zwickau sind aktuell in Planung. Diese Informationsbesuche finden parallel zu einer Serie von Betriebsversammlungen statt, in denen der Vorstand der Belegschaft seine Pläne erläutern will.

1. Welche konkreten Erkenntnisse hat die Landesregierung aus dem Besuch des Ministerpräsidenten am 24. August 2026 im VW-Werk Hannover sowie den weiteren Gesprächen in Osnabrück und Emden und dem digitalen Austausch mit Zwickau gewonnen?
2. Inwieweit waren Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung in die Vorbereitungen und die inhaltliche Ausgestaltung der aktuellen Betriebsversammlungen bei Volkswagen eingebunden, und welche Forderungen haben sie dabei gegenüber dem Vorstand erhoben?
3. Wie bewertet die Landesregierung die öffentlich diskutierten Überlegungen des VW-Vorstands, die Produktion an den Standorten Hannover und Emden mittelfristig einzustellen, und welche konkreten Gegenmaßnahmen hat sie bereits ergriffen oder plant sie zu ergreifen?

¹ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-will-offenbar-bis-zu-100-000-stellen-streichen-a-b875d735-19c7-4cc9-9eda-6a7c98e0867d>

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/vw-stellenabbau-106.html>

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/vw-will-100000-jobs-streichen-vier-werke-auf-der-kippe,vw-1152.html>; <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2026-06/volkswagen-stellenabbau-arbeitsplaetze-oliver-blume-gxe>

⁴ <https://www.zeit.de/news/2026-08/24/vw-krise-landesregierung-trifft-betriebsrat>

⁵ Ebenda.

4. Welche rechtlichen und politischen Einflussmöglichkeiten sieht die Landesregierung als Großaktionär und Aufsichtsratsmitglied, um Werksschließungen oder den Abbau von Zehntausenden Arbeitsplätzen in Niedersachsen zu verhindern?
5. In welchem Umfang und mit welchem Ergebnis hat die Landesregierung in den vergangenen zwölf Monaten bilaterale Gespräche mit dem VW-Vorstand, dem Gesamtbetriebsrat und der IG Metall zu den Restrukturierungsplänen geführt?
6. Welche eigenständigen landesseitigen Instrumente (z. B. Strukturhilfen, Transformationsfonds, Standortentwicklungskonzepte oder Qualifizierungsprogramme) stehen bereit bzw. werden vorbereitet, falls es zu einem signifikanten Stellenabbau oder einer Standortgefährdung kommt?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Kommunikation des VW-Vorstands gegenüber der Belegschaft und der Öffentlichkeit, und sieht sie darin eine Verletzung der Mitbestimmungspraxis oder der Verantwortung eines Unternehmens mit staatlicher Beteiligung?
8. Welche konkreten Zusagen zur Standort- und Beschäftigungssicherung hat die Landesregierung vom VW-Vorstand im Zusammenhang mit dem bereits 2024 vereinbarten Abbau von rund 50 000 Stellen und den aktuellen zusätzlichen Plänen erhalten?
9. Inwieweit prüft die Landesregierung alternative Nutzungsszenarien für gefährdete Standorte (z. B. Produktion von Fahrzeugen anderer Hersteller, Rüstungsgüter, Batteriezellen oder andere industrielle Zukunftsfelder), und welche Gespräche dazu wurden bereits geführt?
10. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die Zulieferindustrie und die regionalen Arbeitsmärkte in Niedersachsen, falls die diskutierten Kapazitätsreduzierungen und Stellenstreichungen umgesetzt werden, und welche präventiven Maßnahmen ergreift sie?
11. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass ihre Rolle als Aufsichtsratsmitglied und Anteilseigner nicht in Konflikt mit ihrer politischen Verantwortung für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Industriestandorten in Niedersachsen gerät?
12. Bis wann erwartet die Landesregierung belastbare Entscheidungen des VW-Aufsichtsrats zu den aktuellen Restrukturierungsplänen, und welche Eskalationsstufen (z. B. öffentliche Positionierung, Gespräche auf Bundesebene oder rechtliche Schritte) hält sie für erforderlich, falls Werksschließungen oder massiver Stellenabbau in Niedersachsen drohen?